

## DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Peter,

auch wenn zu Sarrazins Thesen tatsächlich der Worte genug gewechselt sind, halte ich zwei Anmerkungen für unverzichtbar.

Erstens. Du schreibst, dass es bei der Einwanderung sogar weltweit üblich ist, zwischen „nützlich“ und „nicht so nützlich“ zu unterscheiden. Das stimmt. Auch unser Ausländerrecht kennt Ausnahmeregelungen aufgrund von Nützlichkeitsabwägungen, und bei der GreenCard-Debatte ging es nur darum, welche Einwanderer mit welcher Qualifikation wir dringend brauchen und welche nicht. Aber diese ökonomischen Maßstäbe sind doch fehl am Platz, wenn es um das Grundrecht auf Asyl geht oder um die humanitäre und völkerrechtliche Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen und vor Verfolgung zu schützen. Oder um den Schutz der Familie, die nicht staatlich zerrissen werden darf.

Wir wissen wohl, dass nicht jede Zuwanderung, die erfolgt ist, auf diese Gesichtspunkte gestützt werden kann. Aber bei sehr, sehr vielen Migranten ist es der Fall. Und da läuft es mir eiskalt den Bu-

ckel runter, wenn bei Menschen, die nach dem Grundgesetz zu Recht hier leben und Teil der Bevölkerung geworden sind, zwischen „nützlichen“ und offenbar „unnützen“ Gruppen unterschieden wird. Wer hier lebende Menschen so unterscheidet, ist ein „Integrationsverweigerer“.

Hast Du Dir schon mal ausgemalt, wohin wir kommen, wenn der Maßstab der Nützlichkeitsabwägung in Zeiten des demographischen Wandels und der zunehmenden Generationskonflikte auch auf alte oder behinderte Menschen angelegt wird? Mensch, Alter, das wäre doch eine schreckliche Vorstellung für uns!

Zweitens. Manche Ressentiments des Autors Sarrazin sind nur noch lächerlich, und zwar auch dort, wo er nicht als Gen-Forscher, sondern als Chef-Ökonom auftritt. Zum Beispiel, wenn er den Gastarbeitern allen Ernstes vorwirft, sie hätten mit ihrer Arbeit in der „old economy“ Deutschlands nur veraltete Strukturen aufrechterhalten, die dann einem rechtzeitigen HighTech-Aufbruch im Wege standen. Geht's noch?

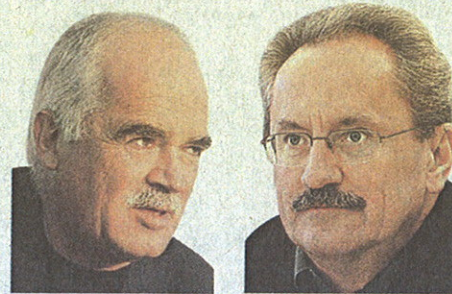
In Berlin hätte der Autor

doch lernen können, dass ein Zusammenbruch der „old economy“ keineswegs ein goldenes Zeitalter eröffnet, sondern Depression hinterlässt, während man in München studieren kann, wie jene Unternehmen, die in den 60er-Jahren viele Gastarbeiter anwarben wie beispielsweise BMW, kräftig produzieren konnten, heute an der Spitze des technischen Fortschritts

stehen und als Wirtschaftsmotor die gesamte Region voranbringen! Da hat er wohl versehentlich auf die Löschtaste gedrückt und gesamtdeutsche Wirtschaftsgeschichte glatt vergessen.

Aber nach diesen zwei Zuerufen bin ich mit Deinem Bastard zufrieden: Ausgredt! Wo könnte man zum Ausgleich Übereinstimmung aufstößern? Vielleicht beim Bun-

## Briefwechsel



zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

### Vom fahrlässigen Umgang mit der Löschtaste

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU)  
liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen  
Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

despräsidenten, den Du kurz nach seiner Wahl noch wärmstens befürwortet hast? Ich fürchte, Deine Begeisterung könnte am „Tag der Einheit“ deutlich abgekühlt sein, als er freundliche Worte für den Islam als Teil Deutschlands fand. Notfalls bin ich natürlich bereit, ihn gegen künftige Attacken von Dir in Schutz zu nehmen ...

Bei Ursula von der Leyen dürfte es uns leichterfallen, gemeinsam Fairness einzufordern. Es ist in der Tat befremdlich, dass Rot und Grün sich in Berlin vor Empörung und Abscheu schütteln, weil die Sozialministerin nicht radikal genug mit den Hartz-IV-Regeln gebrochen hat, die vor gar nicht allzu langer Zeit von Rot-Grün mit der Begründung eingeführt worden waren, dass nur so die Sozialsysteme fit für die Zukunft gemacht werden könnten.

Da es keine Löschtaste für das Gedächtnis des Wahlvolks gibt, sollte die Opposition jetzt nicht allzu laut auftrumpfen mit ihrer Entrüstung über niedrige Sätze. Die Erfordernisse sind unerbittlich: Das Arbeitslosengeld II muss existenzsichernd sein, was nach Ansicht der Wohl-

fahrtsverbände (und auch der Stadt München) noch nicht gewährleistet ist – und außerdem gilt: Wer arbeitet, muss mehr bekommen als ein Hilfeempfänger, womit wir wieder einmal beim Mindestlohn wären, den es tatsächlich in allen Branchen geben muss.

Anders wird es – um eine Formulierung Deiner letzten Kolumne aufzugreifen – niemals gelingen, „die beiden Welten von Arm und Reich einander anzunähern“. Wir sind davon nicht erst seit Eurem Regierungsantritt, sondern auch nach 7 Jahren einer rotgrünen Bundesregierung „meilenweit entfernt“, nicht nur stimmungsmäßig, sondern auch tatsächlich. Deshalb muss auf glaubwürdige Weise soziale Kompetenz zurückerobert werden!

Da fällt mir ein: Die Stadt München hat in der Sommerpause von über 50 Sozialverbänden und sozialen Initiativen nach mehrmonatiger Prüfung der gesamten städtischen Sozialpolitik das „Gütesiegel Soziale Stadt“ erhalten, weil sie für den sozialen Ausgleich tut, was eine Kommune tun kann. Darüber freut sich

Dein Christian